

# Economiesuisse und die IV-Zusatzfinanzierung

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Anno 2004, am 14. Dezember, nahm die Economiesuisse zur IV-Zusatzfinanzierung in ihrer Vernehmlassung an Bundesrat Pascal Couchepin wie folgt Stellung:

„Economiesuisse lehnt die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Sanierung der IV entschieden ab, sofern gleichzeitig keine mindestens entsprechende Steuersenkung bei den direkten Steuern stattfindet. Die Mehrwertsteuer darf nicht dazu missbraucht werden, die überdurchschnittlich steigenden Sozialausgaben zu finanzieren. Das stetige Zuschiesse neuer Einnahmen in die Sozialwerke trägt zur politischen Verdrängung der längst bekannten, zum Teil demografisch bedingten Finanzierungsprobleme bei. Bisher wurde die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Finanzierung temporärer demographischer Zusatzlasten gebilligt. Die Defizite der IV sind aber nur zu einem geringfügigen Teil demographischer Natur und zur Hauptsache strukturell bedingt. Ab 2014 müsste die Demographie die IV sogar entlasten. Angesichts der noch bevorstehenden Finanzierungslücken in den übrigen Sozialwerken gilt es nun, das strukturelle Finanzierungsproblem der IV von Grund auf ausgabenseitig zu lösen. Wird die Mehrwertsteuer ohne entsprechende steuerliche Kompensation in stetigen Schritten erhöht, um Finanzierungslücken der Sozialwerke zu schliessen, so wird der Arbeits- und Unternehmensstandort erheblich geschwächt.“

Am 29. Juni 2009 wurden all diese sachlichen Erkenntnisse über Bord geworfen. Der Vorstandsausschuss der economiesuisse sagt nun plötzlich Ja zur Abstimmungsvorlage über die IV-Zusatzfinanzierung und unterstützt die Ja-Kampagne logistisch und finanziell. Als fadenscheinige Gründe werden die Verschiebung der Inkraftsetzung der befristeten MWSt. Erhöhung um ein Jahr und erste Ankündigungen des Bundesrates, in einer 6. IV-Revision die Kostenseite in Angriff zu nehmen, ins Feld geführt. Ersten reichen die bisher angekündigten möglichen Massnahmen der 6. IV-Revision nicht aus, die Defizite ab 2019 zum Verschwinden zu bringen und zweitens muss man sich fragen, warum man diese Massnahmen nicht schon in der 5. Revision forciert hat.

Was hat wohl zu diesem Stimmungswechsel der economiesuisse geführt? In der economiesuisse haben vor allem die Vertreter der exportorientierten Grosskonzerne und der Banken das Sagen. Wenn die IV über Mehrwertsteuerprozentente saniert wird, dann werden diese Exportunternehmen nur bruchteilig davon betroffen, da sie ja die Mehrwertsteuer für die Exporte zurückfordern können und die Banken bezahlen ebenfalls nur für einen Teil ihrer Dienstleistungen Mehrwertsteuern. Müsste die IV über zusätzliche Lohnprozente finanziert werden, dann würden diese Unternehmen jedoch voll getroffen. Einmal mehr bezahlen damit die inlandorientierten KMUs bzw. die Konsumenten für die Exportwirtschaft und die Banken. Deshalb ist die Finanzierung von Sozialwerken über die Mehrwertsteuer unfair und die vorgeschlagene IV-Zusatzfinanzierung über Mehrwertsteuerprozentente abzulehnen. Es wäre zudem naiv anzunehmen, dass die Zusatzfinanzierung nur temporär gefordert würde. Solche Märchen hat man den Stimmbürgern auch bezüglich der Äufnung des

FinöV-Fonds, (Finanzierung des öffentlichen Verkehrs) dessen Laufzeit inzwischen verlängert wurde, aufgetischt.